



Inhaltsverzeichnis

[\[Verbergen\]](#)

[1 Public-Private Partnership - Öffentlich-private Partnerschaft](#)

[2 Historische Annäherung](#)

[3 PPP als erziehungswissenschaftliche Herausforderung](#)

Public Private Partnership

Aus Glossar Ökonomisierung von Bildung

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Christina Gericke (2013)

Public-Private Partnership - Öffentlich-private Partnerschaft

Gemeinsame Projekte von Staat und Privatwirtschaft sind in Deutschland heute eine verbreitete Organisationsform der Finanzierung und Erbringung öffentlicher Aufgaben (vgl. Gerstberger/Schneider 2008, Budäus/Grüb 2007). Unter den Begriffen PPP (Public Private Partnerships) bzw. ÖPPs (Öffentlich-private Partnerschaft) werden sie seit den 1990er Jahren vor allem in der Stadtentwicklung realisiert. Einen erheblichen Schub erhielt diese Entwicklung durch das „PPP-Beschleunigungsgesetz“ im Jahr 2005 (BDI 2005). Es sollte einen ‚wettbewerblichen Dialog‘ zwischen Auftraggebern und Bietern fördern und ordnete entsprechend die rechtliche Grundlage öffentlicher Dienstleistungsaufträge neu: So wurde z.B. dem Staat die Veräußerung eigener Immobilien erleichtert, wenn die Erfüllung der mit ihnen verbundenen gemeinnützigen Aufgaben durch den privaten Käufer sichergestellt bleibt. Vergünstigende Änderungen in der Grunderwerbssteuer und der Grundsteuer zielten zudem auf ein stärkeres privatwirtschaftliches Investment (vgl. Kestler 2005, Sack 2007). Um PPP zu stärken und langfristig zu etablieren, richtete der Bund zudem eine ‚PPP Task Force‘ ein, die 2009 von der „ÖPP Deutschland AG“ abgelöst wurde (vgl. BMVBS 2009). PPP finden sich heute immer noch überwiegend im Straßen- und Immobilienbau sowie in der kommunalen Ent- und Versorgung (vgl. Sack 2009: 20). Zu den prominentesten und auch umstrittensten Beispielen für solche Partnerschaften zählen hier die Elbphilharmonie in Hamburg (vgl. ÖPP Plattform), die Berliner Wasserbetriebe (vgl. Gemeingut) oder auch das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein mit Sitz in Kiel und Lübeck mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 380 Mio. Euro (vgl. PPP-Projektdatebank). Aber auch in den Bereichen Umweltschutz, Kultur und Bildung gelten PPP inzwischen als aussichtsreiches Gestaltungsmittel. So gibt es nicht nur flächendeckend Projekte, die beim Bau, Erhalt und bei der Bewirtschaftung von Schulgebäuden auf die Partnerschaft mit privaten Investoren setzen (vgl. Budäus 2003, Gerstberger/ Siegl 2011, ÖPP BMVBS). Die Kooperationen zwischen staatlichen Bildungsinstitutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen dehnen sich in Form und Inhalt vielmehr so aus, dass die ‚klassischen‘ PPP heute nur noch eine von zahlreichen möglichen Partnerschaften darstellen (vgl. Gericke/ Liesner 2013, für den Schulbereich zudem Gericke 2012, für die Universität Liesner 2010). Dabei ist bereits der Begriff der Partnerschaft irreführend, da er im modernen Sinn eine gleichberechtigte und auf Augenhöhe gedachte Beziehung nahe legt, von der hier jedoch keine Rede sein kann. An der Schnittstelle zwischen dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor stellen PPP vielmehr ein wichtiges politisches Instrument zur (Teil-)Privatisierung staatlicher Aufgaben dar. Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive sind sie vor allem deshalb interessant, weil sie auf eine politische Steuerungsstrategie verweisen, die zwar keineswegs so neu ist, wie es der Sammelbegriff des New Public Management und die mit ihm verbundene mediale Innovationsrhetorik versprechen. Als spezifischer Modus von Governance stellt sie jedoch staatliche Institutionen und damit auch das

öffentliche Bildungswesen unter historisch unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen vor besondere Herausforderungen. Heute gehören dazu vor allem zwei Fragen: Können PPP tatsächlich dazu beitragen, die öffentlichen Kosten zu reduzieren? Und gelingt das, ohne die Qualität der ‚Dienstleistungen‘ zu senken, d.h. - erziehungswissenschaftlich gewendet - ohne die Grundlagen öffentlicher Bildung zu berühren? Welche Effekte haben Kooperationen innerhalb der Bildungsinstitutionen, und zwar beabsichtigt und nicht beabsichtigt?

Historische Annäherung

Im deutschsprachigen Raum breiteten sich ÖPP erstmals bereits seit den 1880er Jahren stark aus und wurden als gemischtwirtschaftliche Unternehmen (GwU) bezeichnet (vgl. Ambrosius 2012). Mit den GwU waren sowohl organisatorische als auch vertragliche Partnerschaften gemeint. Im 19. und 20. Jahrhundert sind ein Großteil der Infrastrukturen im Transportwesen, Gas, Wasser und Elektrizität in dieser Organisationsform entstanden (Ambrosius 2012: 281). Der Kerngedanke der GwU war „das Zusammenwirken der öffentlichen Korporationen mit dem Privatkapital in einer Gesellschaft, zwei Elemente, das privatwirtschaftliche und das korporationswirtschaftliche, in sich vereinigt“ (Ambrosius 2012: 53 unter Bezug auf Freund 1911). Die Kombination aus gemeinwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Zielen sollte eine Synthese schaffen zwischen den als „widersprüchlich empfundenen Prinzipien von Individualität und Solidarität“ (ebd.: 283). Nach Ambrosius haben sich die Motive seitdem nur in Varianten geändert: Auf privater Seite fasst er diese als „Suche nach lukrativen Kapitalanlagen“, „Schaffung neuer oder Sicherung alter Absatzmärkte“, die „Schwächung des politischen Widerstandes“ gegen weitere Expansionen, „die Pflege der politischen Landschaft“, „die Inanspruchnahme günstiger öffentlicher Kredite“ zusammen (ebd.: 282). Auf öffentlicher Seite lagen die Motive in der „Verhinderung privater Monopole“, der „Beseitigung privater Konkurrenz“, der „Entlastung der politischen Auseinandersetzungen sowie der „Inanspruchnahme privatkaufmännischen Know-hows“, zur „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit“ (ebd.). Auf einer ordnungspolitischen Ebene sei es im Laufe der Zeit zu einer sich verändernden Einschätzung der Koordinationsform von Markt und Hierarchie gekommen, welche sich in einem verstärkten Staatsinterventionismus zeigt: der Aufbau von Gebietsmonopolen, Verstaatlichungen bzw. Kommunalisierungen im ausgehenden 19. Jahrhundert drückten ein gesteigertes Vertrauen in staatliche Hierarchien gegenüber dem Markt aus. Auch unter den Eindrücken des ersten Weltkrieges, den enormen politischen Spannungen und der turbulenten Phase von Hyperinflation und Börsenkrise blieben GwU eine selbstverständliche Organisationsform. Hierbei wurde der Gedanke, dass sich „Gemeinschaftsbedürfnisse“ komplexer darstellen als die „Sammelbedürfnisse der Individuen“, weiter entwickelt (Ambrosius 2012: 72 unter Bezugnahme auf Ritschl 1932). In den Nachkriegsjahren waren GwU nur noch sporadisch Thema. Politik und Wirtschaft, die Ordnungsprinzipien Gemeinwirtschaftlichkeit und Gewinnmaximierung wurden in den 1960er Jahren - auch unter den Bedingungen des Ost-West Konfliktes - als unversöhnlich gegenüber gestellt (ebd.). Seit der „liberalen Renaissance“ der 1980er Jahre, zunächst maßgeblich durch die Politik Margaret Thatchers in Großbritannien voran getrieben, erfahren GwU, nun PPP genannt wieder an Aufmerksamkeit. Dabei treten Netzwerke als erweiterte Koordinationsform hinzu (ebd.: 76). ÖPPn werden (wieder) zugesprochen, durch die sich ergänzenden Ressourcen eine unbürokratische ‚win-win‘-Situation darzustellen, d.h. sowohl eine qualitative Verbesserung als auch eine effizientere und vor allem für die öffentliche Hand kostengünstigere Leistungserbringung gewährleisten zu können (vgl. zusammenfassend Sack 2008: 262). Diese Annahmen wurden in den vergangenen Jahren einer Prüfung unterzogen: Zum einen haben die Rechnungshöfe von Bund und Ländern in vielen Einzelfällen ermittelt, dass PPP-Projekte nicht in jedem Fall kostengünstiger für die öffentliche Hand sind, sondern langfristig versteckte Kosten auftreten können und diese sich letztendlich nur in die Zukunft verlagerten (Gerstlberger/ Siegl 2011, Rechnungshöfe 2011, Rügemer 2010). Auch die Qualität der Leistungen lässt regelmäßig zu wünschen übrig (Höhmman 2010, Salewski 2012, Rasch 2012). Weiterhin fehle es an Verfahrenstransparenz und Einbezug von Personalvertretungen (Gerstlberger 2011). Vielerorts sind Kommunen nun skeptisch geworden, gar bemüht, Teilprivatisierungen wieder rückgängig zu machen (vgl. Broß/ Engartner 2013, Salewski 2012).

PPP als erziehungswissenschaftliche Herausforderung

PPP kann als spezifischer Governance-Modus verstanden werden, in dem Wettbewerb, Hierarchie und Netzwerke neu zueinander in Beziehung gesetzt werden (Sack 2009). Wettbewerb und Hierarchie treten hierin jedoch nicht im Sinne eines ‚Entweder-oder‘ auf. Gemeinschaft und Kooperation haben einen vermittelnden Charakter, da sie

im Sinne des ‚sowohl-als-auch‘ fungieren. „Dieser integrative Charakter ist im besonderen Maße den PPP zuzuweisen“ (Sack 2009: 29), da sie genau an dieser einen Schnittstelle liegen. Die Einbettung von PPP in bislang außerökonomische Felder ist ein Moment hierarchischer, staatlich-politischer Steuerung, der mittels (negativer) „Kooperationsanreize“ „im Schatten der Hierarchie“ (Scharpf/ Mayntz 1995, Mayntz 2004, Börzel 2008) einen Raum für hybride Konstellationen schafft. Negativ deshalb, weil erst die Angewiesenheit auf Kooperationen z.B. durch knappe Ressourcen und ein negatives (Selbst-)bild öffentlicher Akteure - veraltet, ineffizient und weltfern - zu Kooperation ‚auffordern‘. Gleichzeitig werden den privaten Partnern Vergünstigungen und Imagegewinn in Aussicht gestellt. Hieraus ergibt sich eine Asymmetrie, die eine Partnerschaft im Sinne zweier Gleichberechtigter unmöglich macht. Zudem stellt sich die Frage, entlang welcher Prämissen diese Partnerschaften zustande kommen. Zu befürchten ist, dass für jene Schulen, die sich am (an)passungsfähigsten an ihre privaten Partner erweisen, auch die lukrativsten Partnerschaften dabei herauspringen. Die damit einher gehende Entwicklung von Ungleichheiten innerhalb der Schullandschaft bei wiederholtem Anspruch eines Rechts auf Bildung für Alle, kann als eine mögliche nicht gewünschte Nebenfolge betrachtet werden. Ob das Neue an PPP tatsächlich die enge Verknüpfung mit Verwaltungsreformen im Sinne des New Public Managements ist, wie Ambrosius (2012: 82) konstatiert, wäre für den Bildungsbereich zu prüfen. Besonders offensichtlich ist allerdings die derzeit praktizierte Nähe von Unternehmen zur gesamten Klientel der Bildungseinrichtungen in vielfältigen Kooperationsformen, die durchaus kontrovers diskutiert wird. Einerseits wird die Zusammenkunft von Unternehmen und Schulen eine für die Schüler_innenschaft anregende Chance zur Berufsorientierung und Erleichterung des Übergangs Schule in den Beruf angeführt. (vgl. etwa van Ackeren 2006, Audick 2011, BSB 2010). Zudem können durch die Unterstützung der Firmen angesichts der chronischen Unterfinanzierung Bildungsangebote beispielweise im Bereich der so genannten MINT-Fächer finanziert und umgesetzt werden. Die Metapher der notwendigen Praxisnähe fungiert hierbei als legitimatorische Absicherung dieser Nähe. Andererseits wird deutlich, dass dieses Engagement der Unternehmen nicht umsonst zu haben ist und deren Erwartungen weit über eine öffentliche Anerkennung hinaus gehen: So mehren sich insbesondere im Bereich ökonomischer Bildung die Beispiele für die unzulässige Einflussnahme auf die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung öffentlicher Bildungsangebote durch Unterrichtsmaterialien (Neumeier 2012), Schulpreise (vgl. Höhne 2012), Unternehmensvertreter als ‚Experten‘ im Unterricht (Hessischer Rundfunk 2012, WDR 2013) oder ganzer Projektkonzeptionen wie der finance coach (Stiftung My finance coach) oder business@school (Boston Consulting Group). Hier wird, dies verdeutlicht die Werkstudie von Möller und Hedtke (2011), um die Deutungshoheit darüber, was ökonomische Bildung beinhaltet und wer diese Inhalte bestimmt und gestaltet, gerungen. Die Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften im Bildungsbereich als ein Element gegenwärtiger Reformstrategien ist auch eine Reaktion auf die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien in einer globalen politisch-ökonomischen Konkurrenzsituation, die einen enormen Anpassungs- und Legitimationsdruck erzeugten (vgl. Hartong/ Münch 2012, Münch 2009). ÖPP haben zudem eine politische, vermittelnde Funktion, da sie auf einen Konsens und ein gemeinsames Interesse rekurren. Sowohl grundlegende Interessenunterschiede als auch unterschiedliche Positionen im Kontext ökonomischer Zwänge geraten dabei aus dem Blick. Das diskursiv hergestellte In-eins-Fallen privater und öffentlicher Interessen interpretiert Ursula Frost (2012) als durchgesetzten *homo oeconomicus* (2012, S.19).

Was an ÖPP im Bereich des Gebäudebaus und der Bewirtschaftung kritisiert wird - mangelnde Transparenz, fehlende Kontrollmöglichkeit bei zunehmender Abhängigkeit von den privaten Partnern, schließlich Qualitätsmängel - erfährt auf der Ebene von Schule und Unterricht eine brisante Zuspitzung: Öffentlich-private Partnerschaften werden derzeit weder systematisch erfasst noch inhaltlich geprüft, geschweige denn auf ihre Effekte hin analysiert. Will man tatsächlich die vielfältigen Formen von Beziehungen zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen und staatliche Schulen untersuchen und die transformatorischen Effekte auf die Konstitution von Bildung als ein öffentliches, allen gleichermaßen zugängliches Gut in den Blick bekommen, ist es unabdingbar Begrifflichkeiten zu finden, mit denen unterschiedlichste Formen von Privatisierung differenziert und auf ihre Effekte hin analysiert werden können. Darüber hinaus wäre auch zu prüfen, welche Chancen für die Schüler_innen tatsächlich aus diesen Kooperationen erwachsen.

Christina Gericke

Literatur

- Ackeren, Isabell van (2006): Kooperationen von Schule und Wirtschaft. Auf dem Weg zu lernförderlichen Partnerschaften. Schulmagazin 5-10 74 (2006) 11, S. 5-8.
- Ambrosius, Gerold (2012): Hybride Eigentums- und Verfügungsrechte. Öffentlich-private Kooperationen in systematisch-theoretischer und historisch-empirischer Perspektive. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- Audick, Claudius (2011): Erfolgsmodell Bildungspartnerschaften. Planung, Gestaltung und Durchführung von Best Practice Beispielen. Schulmagazin 5-10 79 (2011) 1, S. 7-14.
- BDI (2005): Das Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung Öffentlich-Privater Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich-Private Partnerschaften: www.bdi.eu/download_content/RechtUndOeffentlichesAuftragswesen/OEPP_Beschleunigungsgesetz_2005.pdf (letzter Zugriff am 29.8.13).
- Behörde für Schule und Berufsbildung (Hrsg.) (2010): Partnerschaft Schule und Unternehmen - ein Handbuch mit Praxisbeispielen. Hamburg.
- Börzel, Tanja A. (2008): Im Schatten der Hierarchie - Ein Governance- Paradox?. In: Schuppert, Gunnar F./ Zürn, Michale (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 118-131.
- Broß, Siegfried/ Engartner, Tim (2013): Vom Wasser bis zur Müllabfuhr. Die Renaissance der Kommunen. Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013, S. 90-96.
- Budäus, Dietrich (2003): Neue Kooperationsformen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. In: Harms, Jens/ Reichard, Christoph (Hrsg.): Die Ökonomisierung des öffentlichen Sektors. Instrumente und Trends. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 213-233.
- Budäus, Dietrich/ Grüb, Birgit (2007): Public Private Partnership: Theoretische Bezüge und praktische Strukturierung. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Heft 30, S. 245-272.
- Boston Consulting Group: Business@school: www.business-at-school.net/www/home.php?sid=39796700394992605437819851985570 (letzter Zugriff am 05.09.2013).
- Dobschütz, Christian (2010): Kommunale PPP Konzeptionen. Realisierbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Status quo in Bayern. Kovac: Hamburg.
- Frost, Ursula (2012): Beraubung des Humanen - Über allgemeine und politische Bildung. In: Frost, Ursula/ Rieger-Ladich, Markus (Hg.) (2012): Demokratie setzt aus. Gegen die sanfte Liquidation einer politischen Lebensform. Sonderheft der Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, S. 13-24.
- Gericke, Christina/ Liesner, Andrea (2013): Geben und Nehmen auf Augenhöhe? Kooperationen mit außerschulischen Partnern als Herausforderung der sozio-ökonomischen Bildung. In: Fischer, Andreas/ Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Was ist Sozioökonomie, was ist sozio-ökonomische Bildung? In Vorbereitung.
- Gericke, Christina (2012): Schule und Wirtschaft: das neue Traumpaar? Zur Kooperation von öffentlichen Schulen und privaten Unternehmen. Pädagogische Korrespondenz (2012) Heft 46, S. 42-55.
- Gerstlberger, Wolfgang/ Schneider, Karsten (2008): Öffentlich-private Partnerschaften. Zwischenbilanz, empirische Befunde und Ausblick. Berlin: Nomos.
- Gerstlberger, Wolfgang/ Siegl, Michael (2011): Öffentlich-private Partnerschaften. Ein Konzept für die zukünftige Gestaltung öffentlicher Aufgaben? Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Hartong, Sigrid/ Münch, Richard (2012): Der Wettlauf um PISA-Punkte: Gewinner, Verlierer, Illusionen. Pädagogische Korrespondenz 2012/Heft 46, S. 5-20.

- Hessischer Rundfunk (2012): Defacto gekaufter Unterricht? Firmen werben verdeckt in hessischen Schulen. Gesendet am 25.11.2012: www.hr-online.de/website/suche/home/mediaplayer.jsp?mkey=46767627&type=v&xtmc=gekaufter%20unterricht&xtr=1;type=a. (letzter Zugriff am 05.09.2013).
- Höhmann, Ingmar (2010). Das Geschäft mit der Bildung. Magazin Mitbestimmung Heft 10/ 2010: www.boeckler.de/20888_20895.htm (zuletzt eingesehen am 29.04.2014).
- Höhne, Thomas (2012): Bildungspolitik der Leitbilder- Schulpreise als Best Practice. DDS 104. Jahrgang 2012, Heft 2, S. 138-149.
- Kestler, Joseph (2005): Der aktuelle Begriff. Öffentlich-private Partnerschaft. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages Nr. 73/2005.
- Liesner, Andrea (2010): Universitäre Bildung und wirtschaftlicher Strukturwandel. In: Liesner, Andrea/ Lohmann, Ingrid (Hrsg.) (2010): Gesellschaftliche Bedingungen von Bildung und Erziehung. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer Urban Taschenbücher, S. 245-258.
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W.(1995): Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren. In: Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 9-38.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance- Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 65-76.
- Münch, Richard (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neumaier, Peter (2012): Einige Überlegungen zur ‚finanziellen Allgemeinbildung‘ in Zeiten der Finanzkrise. Pädagogische Korrespondenz 2012/ Heft 46, S.56-73.
- PPP- Projektdatenbank des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Kooperation mit „ÖPP Deutschland“: www.ppp-projektdatenbank.de/ (letzter Zugriff am 28.08.2013).
- Klinikum Schleswig Holstein: [www.ppp-projektdatenbank.de/index.php?id=27&tx_ppp_controller_searchmap\[projectId\]=333&tx_ppp_controller_searchmap\[action\]=showProject](http://www.ppp-projektdatenbank.de/index.php?id=27&tx_ppp_controller_searchmap[projectId]=333&tx_ppp_controller_searchmap[action]=showProject) (letzter Zugriff am 28.08.2013).
- ÖPP Plattform: Elbphilharmonie in Hamburg: www.oepplattform.de/projektdatenbank/offentlicher-hochbau/hochbau-projekte-nach-bundesland/hamburg/_/artikel/elbphilharmonie-hamburg/ (letzter Zugriff am 29.08.2013).
- Berliner Wasserbetriebe: www.gemeingut.org/2012/01/ppp-leuchtturm-projekte-eine-spur-des-scheiterns/ (letzter Zugriff am 29.08.2013).
- Rasch, Christoph (2012): ÖPP- Immer mehr Kritik. NDR Info gesendet am 19.10.2012: www.ndr.de/info/programm/sendungen/reportagen/oeppl101.html (letzter Zugriff am 03.09.2013).
- Rechnungshöfe des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2011): Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten. Wiesbaden: www.orh.bayern.de/files/ORH/Aufgaben/Zusammenarbeit/Bund%20und%20Laender/Gemeinsamer%20Erfahrungsbericht%20OEPP-Projekte.pdf (letzter Zugriff am 03.09.2013).
- Rügemer, Werner (2010): Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates. Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2010, S. 75-84.
- Rühl, Wilhelm/ Klönne, Arno (2007): Bertelsmann und Private- Public-Partnership. In: Wernecke, Jens/Bultmann, Thorsten (Hrsg.): Netzwerk der Macht- Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Marburg: BdWi Verlag, S. 381-403.

- Sack, Detlef (2007): Spiele des Marktes, der Macht und der Kreativität – Öffentlich-private Partnerschaft und lokale Governance. In: Schwalb, Lilian/Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden: VS-Verlag, S. 251-277.
- Sack, Detlef (2009): Governance und Politics. Die Institutionalisierung öffentlich privater Partnerschaften in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Salewski, Christian (2012): Der Kummer der Kämmerer. Financial Times Deutschland vom 17.3.2012: www.ftd.de/karriere/karriere/:public-private-partnership-der-kummer-der-kaemmerer/70009635.html (letzter Zugriff am 05.09.2013).
- Stiftung My Finance coach: www.myfinancecoach.de/ (letzter Zugriff am 05.09.2013).
- WDR (2013): Lobbyisten im Klassenzimmer. Wenn Konzerne Hilfslehrer spielen. Gesendet am 2.5.2013: www1.wdr.de/themen/wdr5/lobbyschule104.html (letzter Zugriff am 04.09.2013)